

April 2007

Eine notwendige Glosse:
*Kurt Beck verteidigt Sicherheit
der Taliban am Hindukusch*



***Strategische
Partnerschaft
mit Taliban?***

Fritz W. Peter

Gliederungsübersicht:

- **Eine notwendige Glosse** S. 3 – 5

- *Wiedergabe eines Beitrags*
v. Nico Fried:
Becks Ablenkungsmanöver S. 6
Süddeutsche Zeitung, 4.4.07

- *Wiedergabe eines Beitrags*
v. Carlotta Gall:
Karzai's [...] Effort at Reconciliation S. 7
New York Times, 7.4.07

- *Wiedergabe eines Beitrags*
v. Pakistans UN-Botschafter, Munir Akram:
A United Front Against the Taliban S. 8 – 10
New York Times, 7.4.07

- **Titelhinweise im Themenumkreis** S. 11 / 12

Der vorliegende Text ist online gestellt unter

www.wadinet.de/news/dokus/1511_StrategPartnerschaft-mit-Taliban.pdf

Eine notwendige Glosse

Der US-Politik wird oft vorgeworfen, dass zu viel Eigeninteresse und daher eine verkürzte Sicht der Dinge, fehlende Sensibilität *für* bzw. Uninformiertheit *über* andere Lebensverhältnisse etc. leitend sind. Wie steht es aber bei uns mit der verkürzten oder provinziellen Sicht? Aus den Reihen der Partei, deren Vorsitzender Kurt Beck ist, schlägt dem amerikanischen Partner oft der Vorwurf entgegen, Verhältnisse andernorts nicht zu verstehen. Was ist aber davon zu halten, dass Kurt Beck jetzt Pfalz und Hindukusch vermengt? Sogar die SPD bemerkt angesichts der Gehversuche ihres Vorsitzenden ein außenpolitisches Realitätsdefizit. Erkennt sich die Partei im Verhalten Kurt Becks aber auch selbst wieder? Merkt sie, wieviel eigene deutsche Provinz darin liegt, auch im falschen Kontext stets zu meinen, „Dialog“ empfehlen zu müssen – und gleichzeitig die Wege der Diplomatie zu unterlaufen?

Dialog ohne Konsequenz ist das, was Taliban, Hamas, Hisbullah und Irans Revolutionsgarden brauchen, um ihr ganz anderes Geschäft dabei betreiben zu können. Warum sollte Kurt Beck nur beim Thema *Taliban* die Analytik zurückstellen und Selbstprofilierung voranstellen? Wie es ihm doch auch beim kürzlichen Raketenthema um Stimmenfang statt um die Sache ging! Solches Verhalten ist unernst und unprofessionell und verdeckt nur andere Zwecke. Im Erscheinungsbild erinnert es an die Serie von konzeptionellen Fehlern und handwerklichen Schwächen der letzten Schröder-Jahre.

Schröders antiatlantischer Kurs (er folgte damit Lafontaines Politikansatz) war ein unprofessioneller Akt: Rot-grüner deutscher Sonderweg, Achsen-Herrlichkeit, ein politisch gespaltenes Europa, der „Pralinengipfel“*) – all dies lag in der Linie einer *fehlkalkulierten und zu profilsüchtigen* Politik. Nur glaubten viele damals noch an einen Aufbruch mit Schröder und einer rot-grünen Regierung. Die Erwartung ging fehl – sie war nicht fundiert.

*) Einzige Teilnehmer, die sich Frankreich-Deutschland anschließen wollten, waren die militärischen Schwergewichte Belgien und Luxemburg – als Mitwirkende einer gemeinsamen europäischen Streitmacht!

Es war auch der *Dialog ohne Konsequenz*, der die Politik immer wieder geprägt hat und von manchen Parteien – mehr noch als von anderen – als Standardempfehlung ausgegeben wird. Man badet halt gern lau in diesem Land.

Unter neuer Regierung ist die Bilanz der Außenpolitik wieder positiver geworden! Zudem ist Herrn Struck zu danken, dass er seinen flotten Spruch – den fernen, ungastlichen Hindukusch betreffend – seinerzeit prägte, da nun die SPD (nach dem Verständnis vieler ihrer Mitglieder die einzig wirkliche Friedenspartei in dieser Republik) nicht ganz so einfach zurück kann hinter diesen markigen Satz.

Peter Struck meinte es wirklich, und er meinte deutsche Interessen, die dort zu verteidigen seien. Kurt Beck scheint eher die Interessen der Taliban zum Hauptanliegen zu machen. Aber sollten nicht doch besser die *Nicht-Taliban* den Maßstab oder Fokus einer deutschen Politik bilden? Welcher der beiden Herren macht nun also Pfusch am Hindukusch?

Beck versucht, die bisherigen Linien aufzugeben. Er sucht Schutz in einem unbestimmten politischen Gelände. Sein Kalkül baut auf der Verhandlungsbereitschaft von unbestimmten Taliban und unbestimmten oder bestimmten SPD-Abgeordneten auf, die künftig von der Fahne gehen könnten – wie die 69 Dissidenten, die als „Strategie“ nicht auf Tornados, sondern auf Papierflieger in Konferenzsälen setzen (falls es überraschend mit dem Dialog mit den Fundamentalisten nicht so recht klappen sollte).

„Erschreckende Inkompetenz“ ist Herrn Beck bescheinigt worden, z.T. von außerhalb, z.T. von innerhalb seiner Partei – wenn dort auch nur „durch die Blume“. Diese Gemengelage innerhalb der SPD ist aber *besser*, als es eine durchgängige Realitätsverweigerung wäre. Vielleicht behaupten sich ja am Ende die nüchterneren Vertreter dieser Partei. Wäre dies nicht so und liefere es auf die Empfehlungen Becks hinaus, sich in Politikersatz zu flüchten, so wäre der unter Merkel wieder aufgebaute Kredit deutscher Außenpolitik erneut verspielt – und dann noch gründlicher.

Statt abgestimmt im Bündnis zu handeln (dies schließt in Afgh. doch längst auch intensive Dialogbemühungen ein) *undurchdachte und uninformierte* Empfehlungen zu geben – genau *dies* Verhalten folgt einem Politikmuster,

das doch gerade überwunden wurde. Die „Politik aus dem Bauch heraus“ und die Präferenz für Medienpolitik statt Sachpolitik haben der Problemlösung auf den verschiedenen Feldern – innerhalb und außerhalb Europas – während der jüngst vergangenen Kanzlerschaft nicht gedient. Ist das nicht begriffen worden? „Bauch“ ist in komplexer Umwelt eher gleichbedeutend mit „Provinz“. Können wir sie uns leisten? Und eine „Politik des medialen Vordergrund“ trägt auch nur allenfalls 7 Jahre!**)

Der Ansehensverlust (der Verlust an Berechenbarkeit), den deutsche Politik international hätte, falls sich derart undurchdachte Positionen wie bei Beck (die sich aus parteitaktischem Kalkül statt außenpolitischer Rason herleiten) durchsetzen, wird in der SPD-Linken leider nicht genug begriffen – zu sehr ist ihr Orientierungsrahmen verengt bzw. abgewandt von zwingenden geopolitischen, bündnis- und sicherheitspolitischen sowie auch entwicklungspolitischen Erfordernissen – kurz: abgewandt von äußeren Realitäten! Die internationale Gemeinschaft bedarf aber einer als realitätsbezogen erkennbaren, angemessenen Teilhabe auch von deutscher Seite.

Die Ineffizienzen der deutschen Politik für Europa unter Schröder (politische Spaltung Europas; kontraproduktive Re-Nationalisierung der Politik, wo dies eher der eigenen Profilierung diene, u.a. Achse Chirac-Schröder) und die Obstruktion der transatlantischen Achse: beides sollte nicht erneut aufleben dürfen. Die Geringschätzung von Diplomatie, mitzuverantworten von der Regierung Schröder, sollte keine Neuauflage in Form unbedachter Vorschläge haben, die aus dem Motiv sachfremder Profilierung herrühren, wie bei Beck. Aus den Schröder-Jahren lässt sich in diesem Sinne lernen. Wird sich dies zum SPD-Vorsitzenden durchsprechen?

Es sind nicht nur (oder in erster Linie) *deutsche* Interessen, die am Hindukusch verteidigt werden. Es sind aber *auch* deutsche Interessen, die dort im Rahmen und Zusammenhang von Bündnis-/Sicherheits-/Entwicklungspolitik (strategisch wie praktisch) gewahrt werden. Einen *failed state* mit all seinen (absehbar/unabsehbaren) Auswirkungen wird man besser nicht hinnehmen wollen. Vor allem setzt dies aber *Bündnis- und Europapolitik* voraus, die *nicht*, wie unter Schröder, zentripetale Tendenzen fördert.**)

**) s. Titelangaben auf S. 11 / 12

Nachfolgend sind drei Beiträge wiedergegeben, die einige Aspekte des hier angesprochenen Themenzusammenhangs verdeutlichen.

Süddeutsche Zeitung – 4.4.2007

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/642/108534/>

Becks Ablenkungsmanöver

Der SPD-Chef hat bei seinem ersten Besuch in Afghanistan keine drei Tage gebraucht, um die Idee zu einer Friedenskonferenz zu entwickeln. Abbauen will Beck damit vor allem Widerstände in der eigenen Partei.

Ein Kommentar von Nico Fried

Seit fast sechs Jahren bemüht sich die Welt um Afghanistan. Die Zerstörung nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs ist groß, die Fortschritte beim Wiederaufbau sind klein. Wahrscheinlich liegt das daran, dass noch niemand Kurt Beck gefragt hat.

Der SPD-Chef hat bei seinem ersten Besuch in Afghanistan keine drei Tage gebraucht, um eine Idee zu entwickeln: eine Friedenskonferenz, gerne in Deutschland, und vielleicht auch mit den Taliban, zu deren Bekämpfung die Bundeswehr gerade erst sechs Tornados auf die Reise geschickt hat.

Es gibt einen Grund für die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der Beck derzeit außenpolitische Konzepte entwirft: 69 Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion zu den Tornados. In Becks Partei wächst die Skepsis gegenüber dem Engagement in Afghanistan. Im Herbst steht die Verlängerung der Mandate an - und die Regierungsfähigkeit der SPD auf dem Spiel.

Worüber will Beck verhandeln?

Wer einen Ruf als Friedenspartei zu verlieren hat, der kann keine diplomatischen Rücksichten nehmen - offenbar auch nicht auf den eigenen Außenminister, der sich übrigens nach seinem ersten Besuch in Kabul mehrere Wochen Zeit nahm, um für die Bundesregierung politische Schlüsse zu ziehen.

Becks außenpolitische Vorstellung stammt aus den 70er Jahren. Nie fehlt bei ihm der Hinweis auf den KSZE-Prozess. Und wer wollte etwas dagegen haben, miteinander zu sprechen, statt aufeinander zu schießen?

Es gibt aber einen wichtigen Unterschied: Der Dialog zwischen Ost und West bediente Interessen auf beiden Seiten. Die Taliban aber haben nur ein Interesse, dem der Westen nicht nachgeben darf: die Rückkehr Afghanistans in die islamische Steinzeit. Worüber will Kurt Beck mit ihnen verhandeln?

New York Times – April 7, 2007

<http://www.nytimes.com/2007/04/07/world/asia/07afghan.html?th=&emc=th&pagewanted=print>

Karzai Says He Has Met With Some Taliban Members in an Effort at Reconciliation

By Carlotta Gall

KABUL, Afghanistan, April 6 — President Hamid Karzai said Friday, for the first time, that he had held meetings with members of the Taliban as part of a reconciliation effort, but he ruled out talks with the Taliban leader, Mullah Muhammad Omar, or foreign militants fighting with the Taliban.

[...]

Mr. Karzai also ruled out making any further concessions to Taliban kidnappers. He said he had freed five members of the Taliban in exchange for the freedom of an Italian journalist recently because the Italian government, which has 1,800 troops in Afghanistan, might have collapsed over the issue.

“The Italian prime minister called me several times and asked for cooperation from our side,” Mr. Karzai said. “The Italian government was facing collapse.”

He has been criticized over the deal, and there has been a rash of kidnappings since it took place. Five Afghan health officials were kidnapped last week, and a Taliban spokesman said the movement was holding two French aid workers who were reported missing along with three Afghans on Wednesday in southwestern Afghanistan.

Mr. Karzai said he would not repeat such a prisoner exchange. “No more deals, with no one and with no other country,” he said.

The North Atlantic Treaty Organization said Friday that it had taken control of the strategic town of Sangin, in southern Helmand Province, from Taliban forces. The town has been in Taliban hands for months, despite the nearby presence of NATO and Afghan bases. A center of poppy cultivation and drug smuggling, Sangin lies on the road to the Kajaki dam, the main source of electricity to southern Afghanistan. The American government is planning \$10 million in renovations to the dam, but the strong presence of Taliban forces in the region has prevented work for over a year.

NATO forces began an airborne assault on the town on Wednesday night, mobilizing 1,000 NATO and Afghan forces. It secured the town on Friday morning, the military said in a statement. Residents said the town center was badly damaged from two weeks of bombardment by NATO forces, and tribal elders eventually persuaded the Taliban to pull out.

“The elders begged the Taliban to evacuate the territory,” said Izatullah, a shopkeeper in Sangin who was contacted by telephone. He said the elders were mediating between the Taliban and British forces, which are part of NATO’s International Security Assistance Force, to negotiate a long-term truce.

The suicide car bombing in southwestern Kabul on Friday morning killed six people, including a police officer who was trying to stop the bomber. The police at the scene said two people in a taxicab were seen driving slowly along a main street and the police commander of a nearby police station, Wazir Agha, ordered them to halt. As he opened the car door, the car exploded, throwing his body across the street.

NYT – April 7, 2007

http://www.nytimes.com/2007/04/07/opinion/07akram.html?_r=1&th=&oref=slogin&emc=th&page_wanted=print

A United Front Against the Taliban

By MUNIR AKRAM

[Munir Akram is Pakistan's ambassador to the United Nations.]

AS the spring fighting season opens, Afghanistan faces many challenges: terrorism, the Taliban, Islamic extremism, drugs and criminals, warlords and factional friction, weak government and an inadequate national and international security presence.

This is a good time to make an objective assessment of the Afghan and regional environment and to put together a strategy to overcome those challenges. This strategy should be comprehensive, combining military containment with political reconciliation, administrative control and rapid socio-economic development. It must build peace through a bottom-up approach — village by village, district by district — by offering incentives and disincentives to secure the support and cooperation of local populations.

Winning the hearts and minds of the people is even more important than killing or capturing insurgents. Military tactics that cause collateral civilian casualties and damage property may kill 10 terrorists, but they will create 100 more. Most important, no strategy will succeed without accelerated reconstruction and economic development. It must offer hope to the people — hope for peace, jobs and better lives for themselves and their children.

Pakistan's frontier regions have seen tremendous support for extremism during the three decades of conflict in Afghanistan. After the Taliban's ouster in late 2001, thousands of Qaeda and Taliban fighters crossed into Pakistan. We are committed to eliminating their influence. This is essential for Pakistan's goals of rapid modernization and increased trade and energy links with Central Asia.

Thus any strategy for stabilization in Afghanistan's south and southeast must go hand-in-hand with efforts in Pakistan's frontier region. Contrary to criticisms from some in Kabul and Washington, Pakistan has made significant contributions to such stabilization.

First, the Pakistan Army and intelligence services have captured more than 700 Qaeda terrorists and destroyed most of the group's command-and-control structure on our side of the border. As Vice President Dick Cheney has noted: "We have captured and killed more Al Qaeda in Pakistan than any place else."

In this, we have paid dearly: in 90 military operations, Pakistan has lost some 700 soldiers. The terrorists have launched several suicide attacks against our leaders, our security forces and civilian targets. But this has not deterred us. Al Qaeda is on the run. It will certainly not be allowed to regroup on our soil.

Second, we have captured and handed over to Afghanistan more than 1,500 Taliban militants in the past three years, including a large part of the leadership. Of course, we can do only so much considering that the Taliban's centers for recruitment, financing and command are in Afghanistan, as the United Nations secretary general's reports have attested.

Third, Pakistan is making new efforts to control its difficult 1,500-mile border with Afghanistan. Today 80,000 Pakistani troops are deployed in the tribal areas and along the border. Some 1,000 border posts have been established. About 20 miles of the roughest border terrain, where many clandestine crossings take place, will soon be fenced.

We are also starting stricter measures to regulate legal border traffic between Pakistan and Afghanistan — about 300,000 people cross each day — by, among other means, introducing biometric cards to improve identity checks. (I must note that it is not very helpful when border guards on the Afghan side cut up and throw away these cards.)

Of course, the movement of militants goes in both directions. Control of the border is a joint responsibility of Pakistan, Afghanistan and the international coalition forces. The onus cannot be placed on Pakistan alone.

Indeed, there is intense cooperation, through such formal partnerships as the military Tripartite Commission — made up of Pakistan, Afghanistan and NATO — its new Operational Coordination Working Group and a recently established Joint Intelligence Operations Center in Kabul. Apart from real-time intelligence sharing, Pakistan would benefit from Western-supplied electronic and other equipment to crack down on illegal border movement more effectively.

Fourth, Pakistan will act shortly to remove any last basis for allegations about so-called “sanctuaries” and “safe havens” for the Taliban in Pakistan. After crossing into Pakistan, Taliban elements often merge into the large population at camps for Afghan refugees. It is difficult to distinguish Taliban militants from the rest of the thousands of Afghans. It is mostly in these camps that the Taliban finds recruits.

To resolve this problem, we have reached an agreement with the Afghan government to move four large camps — Pir Alizai and Gidri Jungle in Baluchistan Province, and Jallozai and Kachi Garhi in the North-West Frontier Province — to Afghanistan. Pakistan will also repatriate the last

of the three million Afghan refugees who have found protection inside its borders within the next three years. We have been their host for 30 years without any appreciable international assistance, which has placed a tremendous burden on our economy and contributed to the rise of militancy.

Finally, Pakistan has a comprehensive strategy to promote peace and progress in our frontier regions. The objective is to win over the local population and to isolate the militants. The agreement that the Pakistani government reached with tribal elders in North Waziristan last September was essentially an exchange of peace for economic development.

Contrary to the assertions of some Afghans, there is no proved relationship between that agreement and the rise of violent incidents in Afghanistan last year. Rather, the military strikes in recent weeks by tribal forces against Uzbeks and other foreign militants in South Waziristan should confirm the effectiveness of our approach.

Pakistan has advocated a similar approach in working with tribal leaders on the Afghanistan side of the border, in which Kabul would reach agreements through local assemblies, or jirgas. This idea was the essence of the three-party meeting of Pakistan, Afghanistan and the coalition forces organized by President Bush in September. It led to the first meeting of the Pakistan and Afghanistan jirga commissions in January in the Pakistani capital, Islamabad. The sides agreed to stop the blame game and increase cooperation to address common problems of border control and refugee repatriation.

In the long run, joint efforts by Afghanistan and Pakistan are about more than terrorism: each country desperately needs rapid reconstruction and development on its side of the border. We are grateful for the United States commitment of \$750 million over the next five years for Pakistan's tribal areas. We hope for more help from other donors for this vital objective.

A key part of Pakistan's effort is to create "reconstruction opportunity zones" in the tribal areas. Pakistan's private sector will invest in industry and manufacturing, while Washington has promised special tariff- and duty-free access in the United States market for products from these areas. The European Union should provide such access as well. In turn, we would provide help to Afghanistan in creating similar economic zones on its side of the border.

Creating a peaceful, stable and prosperous Afghanistan is as much in the interest of Pakistan as of the United States and the Afghans themselves. The cooperative framework that has been established by Afghanistan, Pakistan, the United States, NATO and the international community will be vital for success. But we must ensure that bond is not eroded by mutual recrimination or frustration with occasional setbacks.

Eigene Titel zum Themenumkreis:

Strategischer Dialog

Kurt Beck, SPD-Chef: Politik im begrifflichen Nirgendwo

www.wadinet.de/news/dokus/1513_SPD-Vorstand-im-Erklarungsnotstand.pdf

April 2007 (8 S.)

Der Kalte Krieg der SPD – und niemand geht hin

www.wadinet.de/news/dokus/SPD-sehnt-sich-nach-RaketenThema.pdf

März-April 2007 (6 S.)

Organisierte Verantwortung statt multipolarer Ideologie

[das Prinzip regionaler Verantwortung – frei von linker Ideologie]

www.wadinet.de/news/dokus/140_Prinzip-der-regionalen-Verantwortung.pdf

Mai 2006 (12 S.)

Zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung

[ein Vorschlag zur Reform des UN-Sicherheitsrats]

www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf

Dez. 2004 (22 S.)

Schröder/Fischer – außenpolitische Bilanz

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik

www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Okt. 2005 (18 S.)

Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik

[eine Politik der europ. u. transatlantischen Spaltung]

www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf

Okt. 2004 (36 S.)

Denkschrift: Europa nach der Irak-Erfahrung

[ein Plädoyer für den (transatlantischen) *Strategischen Dialog*]

www.wadinet.de/news/dokus/50_Denkschrift_Europa-nach-der-Irak-Erfahrung.pdf

Aug. 2003 (60 S.)

Russland / Putin

Russland-Iran: Eine ungute Achse.

Wo die Religion der Macht die Legitimität der Macht ersetzt

www.wadinet.de/news/dokus/1360_Strategischer-Partner-oder-Blockierer.pdf

Febr. 2007 (5 S.)

Russlands Drittes Reich. Wo die Macht die Menschen zertritt

www.wadinet.de/news/dokus/1030_Russlands-Drittes-Reich.pdf

Nov. 2006 (16 S.)

Wohin treibt Russland? Wuchernder Staat auf Kosten der Gesellschaft

www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf

Febr. 2006 (22 S.)

Afghanistan

Vorschlag für ein Projekt zur konzeptionellen und medialen Begleitung des Wiederaufbauprozesses in Afghanistan: „come-up“

[conceptual and media support of afghan society build-up]

www.wadinet.de/news/dokus/Afghanistan-Projekt.pdf

Mai 2002 (20 S.)

Afghanistan. Ein enttäuschender Beitrag über deutsche und rot-grüne „zivilgesellschaftliche Stärken“

[das Schicksal einer Parlamentarischen Anfrage]

www.wadinet.de/news/dokus/1266_Regierungskompetenz.pdf

Jan. 2007/2002 (12 S.)

Iran-Konflikt

Proposing Selective Constraint towards Iran

www.wadinet.de/news/dokus/555_Constrain-Iran-Effectively.pdf

Sept. 2006 (12 S.)

The Need to Constrain Iran Effectively

www.worldsecuritynetwork.com/showArticle3.cfm?article_id=13414&topicID=44

Sept. 2006 (8 S.)

Contain or Constrain Iran?

<http://www.hagalil.com/archiv/2006/08/constrain.htm>

www.wadinet.de/news/dokus/511_Contain-or-Constrain-Iran.pdf

Aug. 2006 (4 S.)

Irak, Perspektiven?

Clear-cut Decision Pending. Recent Talk at Crawford on Iraq

[ein Vorschlag zur zonalen Zweiteilung des Irak]

www.worldsecuritynetwork.com/showArticle3.cfm?article_id=14005&topicID=26

www.wadinet.de/news/dokus/1333_Recent-talk-with-the-President-on-Iraq.pdf

Febr. 2007 (8 S.)